

3229 J

06. Juli 2005

Anfrage

**der Abgeordneten Mag. Johann Maier
und GenossInnen
an die Bundesministerin für Inneres
betreffend „Schutzgeldzahlungen – Schutzgelderpressungen“**

Von Schutzgelderpressungen und Schutzgeldzahlungen wird in Österreich seit Jahren nicht nur gemunkelt: In der Öffentlichkeit bekannt sind seit Jahrzehnten derartige Versuche in der Rotlichtszene und bei bestimmten Nachtlokalen (z.B. Kärnten, Salzburg).

Lokalübernahmen – vorbereitet durch organisierte Rollkommandos und andere Attacken – bei normalen Tanzlokalen oder Discos waren aber bislang nicht bekannt.

Aktuell ein Fall nun aus Salzburg:

„Ein Trio aus dem Kosovo wollte im Kinozentrum am Salzburger Hauptbahnhof zwei Lokale übernehmen. Die Rädelsführer wurden von der Polizei verhaftet.....“

Bei dem Versuch die Lokale zu übernehmen, setzten die Täter nicht gerade auf subtile Maßnahmen. Rollkommandos bedrohten die Geschäftsführer und attackierten die Türsteher. Schutzgeld-Erpressung war dabei aber nicht das Ziel. In einem ersten Schritt wollten die Albaner eigene Leute als Türsteher etablieren.....“

Bei dem Trio handelt es sich um zwei Asylbewerber (25 und 21) und einen weiteren in Salzburg wohnhaften Kosovo-Albaner (24). Die Männer bestreiten die Tatvorwürfe. Im Gegenteil: sie seien „Opfer einer Verleumdung.....“

Das Problem sei, dass solche Täter nichts zu verlieren hätten. In diesen Kreisen sei auch ein Menschenleben nicht viel wert, sagte der Lokalbesitzer.“ (SN 14.05.2005)

Gelderpressungen finden aber – nach Presseberichten – angeblich auch unter SchülerInnen statt. So wurde beispielsweise Ende Juni 2005 über einen Fall aus Vorarlberg berichtet, nach dem ein 15Jähriger versucht haben soll von einem Gleichaltrigen 200 Euro zu erpressen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für Inneres nachstehende

Anfrage:

1. Ist Ihnen der im Einleitungstext beschriebene Sachverhalt bekannt?
Wenn ja, wie ist der Stand der Ermittlungen in Salzburg?
2. Wie viele Fälle von sogenannten „Schutzgelderpressungen“ gegenüber UnternehmerInnen sind Ihnen in den Jahren 2000, 2001, 2002, 2003 und 2004 bekannt geworden (Aufschlüsselung auf Jahre und Bundesländer)?
Wie viele davon betrafen jeweils die Gastronomie?
3. Wie hoch war dabei der Anteil der betroffenen Gastronomielokale, die von ÖsterreicherInnen betrieben werden und wie hoch der Anteil der betroffenen Nicht-ÖsterreicherInnen?
4. Wie viele mit Schutzgelderpressungen etc. zusammenhängende sicherheitsbehördliche Ermittlungen gab es in diesen Jahren? Wie viele Anzeigen wegen sog. Schutzgelderpressung (z.B. wegen Drohung, Nötigung, Erpressung, Körperverletzung, Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung) wurden deswegen in diesen Jahren erstattet (Aufschlüsselung der Delikte auf Jahre und Bundesländer)?
Wie viele dieser Anzeigen betrafen jeweils den Gastronomiesektor?
5. In wie vielen Fällen kam es in diesem Zusammenhang in den Jahren 2000, 2001, 2002, 2003 und 2004 auch zu Körperverletzungen (Aufschlüsselung auf Jahre und Bundesländer)?
6. In wie vielen Fällen kam es in diesem Zusammenhang in den Jahren 2000, 2001, 2002, 2003 und 2004 auch zu Sachbeschädigungen (Aufschlüsselung auf Jahre und Bundesländer)?
7. Gibt es konkrete Erkenntnisse hinsichtlich Schutzgeldzahlungen im Bereich der sog. Fernostlokale?

8. Wurde in diesem Bereich seit 2000 überhaupt wegen Schutzgeldzahlungen und damit verbundenen gerichtlich strafbaren Handlungen erhoben?
Wenn nein, warum nicht?
9. Wie viele Fälle des Versuches von sog. „Lokalübernahmen“ sind Ihnen seit 2000 bekannt geworden (Aufschlüsselung auf Jahre und Bundesländer)?
10. Welche Nationalitäten sind in der sog. Schutzgelderpressung derzeit in Österreich aktiv (ersuche am Darstellung der Nationalitäten)?
11. Welche Branchen bzw. Unternehmen waren in den letzten 5 Jahren durch Schutzgelderpressungen besonders betroffen?
12. Welche konkreten Maßnahmen sind Ihrerseits gegen diese Form von organisierter Kriminalität geplant?
13. Welcher Fachbereich der Polizei ist nun nach der Polizeireform zur Kontrolle von Unternehmen insbes. von Lokalen vorgesehen, die von Nicht-ÖsterreicherInnen betrieben werden? Gibt es bei der Polizei Neu konkrete Ansprechpartner für betroffene Personen? Wenn ja, wer ist in den Ländern nun dafür zuständig?
14. Wie weit ist dem Ressort bekannt, ob derartige Forderungen nur im Gastronomiebereich, Vereinsbereich etc. zu suchen sind, oder ob auch im Privatbereich derartige Vorfälle vorgekommen sind?
15. Sind in den letzten 5 Jahren Fälle bekannt geworden, in denen bereits SchülerInnen (Schulkinder) von MitschülerInnen oder anderen Personen zu Geldleistungen genötigt wurden, um beispielsweise in weiterer Folge nicht körperlich attackiert zu werden (Aufschlüsselung der Anzahl auf Jahre und Bundesländer)?
16. Wenn ja, welche Maßnahmen wurden durch die Schulbehörden, welche durch die Sicherheitsbehörden ergriffen?